

## »Unrechtsstaat« ade

Gegen die Diffamierung des Ostens, für die Beendigung des DDR-Bashings. Ein Plädoyer  
Von *Gerd Schumann*



*Getrennt marschieren. Links Treptow, Osten, rechts Neukölln, Westen (Mauerstreifen Heidelberger Straße, Berlin, Juni 1990)*

Seit Jahrzehnten wird dieses Land belästigt mit DDR-Bashing als eine Art Staatsdoktrin. Über Mainstreammedien, Politik und Geschichtswissenschaften vergiftet es das gesellschaftliche Klima. Zumindest im kollektiven Denken des Westens ist mittlerweile das tief verwurzelte Bild vom »Unrechtsstaat« entstanden. Trotzdem zeigten sich vor allem im vergangenen Jahr verstärkt Gegentendenzen, die den öffentlichen Diskurs über die DDR neu belebten. »Immer mehr Menschen mit Osterfahrung« hätten festgestellt, »dass sich die offizielle Erzählung über die DDR immer stärker von ihrer Erinnerung entfernt« und »ihre Lebensleistung entwertet« wird, stellte beispielsweise Maritta Tkalec von der *Berliner Zeitung* am 27. Dezember 2023 fest.

### **Journalistischer Einheitsbrei**

Wenig später begab sich selbst an selbem Ort (3.1.2024) Reinhard Bartz in einem langen Text auf die Suche nach Erklärungen für die Diffamierungspraxis. Der ehemalige Offizier der Nationalen Volksarmee (NVA), ein studierter Militärwissenschaftler, war von der *ARD*-Journalistin Jessy Wellmer, deren Eltern DDR-sozialisiert sind, für ihre Reportage »Russland, Putin und wir Ostdeutsche« interviewt worden und bekam mehrmals sein »Fett weg«, wie er schreibt. Er hatte geäußert, die »Demokratie in Deutschland« sei keine »echte im Sinne der alten Griechen mehr«, wonach sich »der Wille der Mehrheit durchsetzen müsse«. Bei seiner Aussage im Interview habe er sich auf eine Allensbach-Umfrage bezogen, »derzufolge 45 Prozent der Ostdeutschen angaben, nur noch in einer Scheindemokratie zu leben«. Es folgte, so Bartz, Wellmers »vernichtendes Urteil«, dass solche Äußerungen für sie nur »schwer zu ertragen« oder gar »unerträglich« seien. Seiner Meinung nach

habe die mittlerweile zur »Tagesthemen«-Moderatorin aufgestiegene ehemalige Sportjournalistin Wellmer, die vorgab, »ein Verständnis dafür gewinnen zu wollen, warum im Osten ein anderes Russland-Bild vorherrsche als im Westen«, wohl eher bezweckt, »dem Publikum gegenüber ihre eigene Systemtreue zu manifestieren, um sich ihren Arbeitgebern zu empfehlen«.

Interessant an Bartz' Vermutung ist sicherlich, dass sich in ihr die oft gestellte und nur unzureichend ausgeleuchtete Frage spiegelt, wie in Journalistenköpfen die derzeit täglich erlebbaren parteiischen Einheitspositionen – zu den Kriegen, der globalen Konfrontation und auch der ökonomischen Eskalationspolitik – entstehen. Sie widersprechen jedenfalls in ihrer Einseitigkeit den häufig verkündeten journalistischen Ansprüchen von »Objektivität« – was immer darunter verstanden sein mag – oder doch »Ausgewogenheit«. Und in der Tat fällt spätestens seit dem völkerrechtswidrigen NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999 eine umfassende Treue zu einer moralisch begründeten Außenpolitik der BRD im Rahmen der NATO unter US-Führung auf.

In Sachen »Kommunismus« und DDR war das schon immer so, auch vor Übernahme der DDR, doch waren – zumindest bezüglich der Ostpolitik Willy Brandts – im Zuge der 68er-Bewegungen Differenzierungen üblich, die auch die bürgerliche Medienwelt in ein eher sozialliberales und in das bekannt revanchistische Lager aufsplittete. Das war im Fall Jugoslawien nur noch ansatzweise spürbar. Seit dem 24. Februar 2022 ist es Geschichte. Was diesen Konflikt um den zukünftigen Status der Ukraine auf internationaler Bühne, in dem sich eine neue, gefährliche Dimension der West-Ost-Konfrontation global spiegelt, angeht, haben – trotz der weitverbreiteten, auf Waffenstillstand und Verhandlungen drängenden Wagenknecht-Schwarzer-Positionen und der gegenteiligen Massenstimmungen vor allem im Osten der BRD – die Mainstreammedien die Revision der Ostpolitik als historischen Fehler führend mitbetrieben oder sind politischen Vorgaben doch willig gefolgt.

Schließlich erledigte die grüne Moralisierungspolitik wichtige, allgemein im Bewusstsein verankerte Grundsätze wie »Wandel durch Handel« oder »Gewalt ist keine Lösung«. Bündnis 90/Die Grünen enttarnten an der Regierung die eigene Moral als Doppelmoral. Der ökonomische Bruch mit Russland, die bedingungslose Unterordnung unter die herrschende US-Politik und die Anbiederei an zuvor als »Schurkenstaaten« ausgemachte Länder unter Verzicht auf jegliches antimilitaristisches Prinzip hat der BRD »die höchsten Energiepreise der Welt eingebracht (...), die den Industriestandort gefährden« (FAZ, 6.1.2024). Und die grüne Partei hat sich spätestens unter Robert Habeck und Annalena Baerbock nahezu ohne Wenn und Aber an die Machtlogik angepasst und in die herrschenden Strukturen integriert. Auswege aus der Sackgasse sind kein Thema mehr.

## **Ein fairer Blick?**

Vor diesem Hintergrund mag die These, dass sich ein objektiver, mindestens fairer Blick auf die DDR anbahnt, realitätsfern klingen. Doch berufen sich die beiden Verfasser der Artikel in der *Berliner Zeitung* auf Basiserfahrungen im Osten, die Autorin Tkalec zudem auf zahlreiche Leserbriefe und über das Jahr erschienene Autobiographien wie auf empirisch belegte Tatsachen. Sie erwähnt zudem die, wegen ihrer differenzierten Sichtweisen auf den Gegenstand, 2023 einiges Aufsehen erregenden Veröffentlichungen zum Thema DDR: die Bücher des Leipziger Literaturprofessors Dirk Oschmann (»Der Osten: eine westdeutsche Erfindung«) und der aus Guben stammenden, in England lehrenden Historikerin Katja Hoyer (»Diesseits der Mauer – Eine neue Geschichte der DDR«) sowie den Film der in der DDR aufgewachsenen Regisseurin Aelrun Goette

»In einem Land, das es nicht mehr gibt«, die dem üblichen Verurteilungspauschalismus von der »zweiten deutschen Diktatur« widersprechen.

Zwar gab es auch davor immer wieder kritische Stimmen, doch wurden sie weitgehend ignoriert. Beispielsweise zeigte sich die Autorin Florence Hervé offen entsetzt über den Umgang mit der DDR, nicht nur bezüglich der Literaturpolitik. Dabei verwies die Germanistin mit Wurzeln in Frankreich auf »wichtige literarische Werke wie Vercors' ›Das Schweigen des Meeres‹, Louis Aragons Lyrik und ›Die Glocken von Basel‹ oder Elsa Triolets ›Die Liebenden von Avignon««. Weitgehend ausgeblendet im Westen habe sie sich immer gefreut, dass diese Werke »wenigstens in DDR-Verlagen erschienen« sind. Im übrigen habe es in Frankreich bereits Ende der 1950er Jahre einen »regen kulturellen Austausch« mit der DDR gegeben.

Verwundert sei sie zudem insbesondere darüber, dass im vereinten Deutschland weiter die alten Klischees über die DDR bedient und »positive Aspekte oft ins Gegenteil verkehrt« würden wie »der Antifaschismus und die Frauenrechte, der hohe Bildungsstand, die Qualifikationen«. Auf diese Art werde »eine schädliche Politisierung der Erinnerung erzeugt«, so Hervés klarsichtige und zugleich mahnende Beobachtung von 2019 im Vorwort des Buches »Das Morgen im Gestern«.

Der Essay »Le Pays disparu. Sur les Traces de la RDA« (Das verschwundene Land. Auf den Spuren der DDR) des französischen Historikers Nicolas Offenstadt, ebenfalls 2019 (in Paris) erschienen, erfuhr dagegen in deutschen Medien die üblichen, simpel gestrickten Kritiken. Der »methodisch innovative, inhaltlich jedoch streitbare« Versuch des Autors über das verschwundene Land sei »als einzige Verlust erzählung konzipiert« befand zum Beispiel die *Süddeutsche Zeitung* (26.5.2019). Offenbach versammelte im längsten Kapitel unter dem Titel »Die DDR auslöschen« zahlreiche Beispiele für Straßenumbenennungen, Gedenktafelentfernungen und Denkmalsversetzungen aus den 1990er-Jahren und benutzt immer wieder Worte wie »Entwertung«, »Delegitimierung«, »besiegtes Land« und »die Sieger«. So bekomme der Leser, stellte die SZ pikiert fest, »den Eindruck, Helmut Kohl persönlich sei mit der Planierdraht durch den ›annektierten Osten‹ gewütet«. Doch schließlich und endlich beruhten »alle diese Veränderungen auf demokratischen Mehrheitsentscheidungen der ehemaligen DDR-Bevölkerung«, so das Fazit, das den Besiegten die Schuld an ihren Verlusten zuweist.

Die Autorin und Bürgerrechtlerin Daniela Dahn veröffentlichte im selben Jahr ihr Werk »Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute«, in dem sie, nach zahlreichen Publikationen zuvor, noch einmal genauer mit den Folgen der »feindlichen Übernahme« der DDR und mit den Folgen der »Einheit« abrechnete und, ähnlich Hervé, zu dem Ergebnis kam, dass die »feindliche Übernahme« der DDR zu einer Geschichte der Demütigungen, der Verachtung ihrer Kultur, Literatur, Wirtschaft und sozialen Infrastruktur geführt habe. Sie verwies auf kausale Zusammenhänge zwischen dem Fakt, dass »der Antifaschismus in der BRD nie Staatsraison« war, und der schon damals aktuellen Rechtsentwicklung. »Die Hauptverantwortung für das Erstarken des Rechtsextremismus im Osten trägt die politische Klasse im Westen. Ihr antikommunistisches Rollback hat darüber hinaus ganz Deutschland erfasst – und im Verbund mit Gleichgesinnten weite Teile Europas.«

Diesbezüglich und angesichts der Diskreditierung des Antifaschismus der DDR als »staatlich verordnet« konstatierte Hervé: »Warum allerdings staatlicher Antifaschismus oder Erinnerungspflicht schlechter sein sollen als die bundesdeutsche Verhinderung der Verfolgung von Naziverbrechen, bleibt mir rätselhaft.« Und die seit 1984 bei der *Berliner Zeitung* tätige Journalistin

Tkalec zitiert aus einem Untersuchungsbericht von 2016, aus dem hervorging, dass 1957 satte 77 Prozent der leitenden Beamten des Bundesjustizministeriums ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. Dazu habe ihr ein »BRD-Spitzendiplomat« anvertraut: »Das sollte uns mit den Kommunisten nicht noch einmal passieren.« Gegen den folgenden »rabiaten Elitenaustausch« und dessen Rechtfertigung bis heute wehrten sich nunmehr »Vertreter der einstigen, ausgetauschten Osteliten«.

Bereits die Restauration des Antikommunismus im Westen nach 1945 stützte sich ideologisch auf überkommenes Gedankengut und integrierte manchen von dessen Protagonisten in den Herrschaftsapparat. Für die Regierenden in Westdeutschland war der Antifaschismus zu keinem Zeitpunkt relevant, in Folge der Kritik der 68er relativierte sich das etwas, doch letztlich änderte es sich auch nach Anschluss der antifaschistisch ausgerichteten DDR nicht – mit fatalen Folgen für heute. Der Rechtsextremismus erstarkt, Krieg und Krise sorgen für einen bisher nicht für möglich gehaltenen Abstieg des Landes, begleitet von einem besorgniserregenden sozialen Verfall.

## **Signale der Vernunft**

Wie angedeutet erschienen die Texte von Dahn und Hervé vor einem halben Jahrzehnt und wurden trotz der namhaften Autorinnen medial wenig wahrgenommen. Insofern hat sich jüngst wirklich etwas geändert: Signale der Vernunft mehren sich, und das trotz einer seit Jahrzehnten beispiellosen Eskalation der Konfrontationspolitik. Oder gerade deswegen?

Zumindest legt der gefährliche Niedergang dieses Landes nahe, über gesellschaftliche Ursachen und Alternativen nachzudenken. Folglich wird es dringlich, endlich auch die offiziell propagierte Sichtweise auf die DDR vom Kopf auf die Füße zu stellen. Immerhin wird inzwischen laut darüber nachgedacht, ob nicht doch das eine oder andere aus dem Sozialismus hätte erhalten werden sollen. Die soziale Krise mit einer besorgniserregenden Inflation, rasant steigenden Preisen und Mieten, niedrigen Renten, Unsicherheit und Zukunftsangst und offensichtlich fehlenden politischen Konzepten zur Bewältigung der Misere geben ausreichend Anlass zu diesbezüglichen Überlegungen. Das gilt zuvorderst für den Osten: In memoriam des gelebten Gegenmodells war man dort über die Ignoranz gegenüber den sozialistischen Errungenschaften bereits seit Übernahme der DDR verwundert.

Inzwischen kommen nicht nur Polikliniken, intaktes Gesundheitswesen, Kinderbetreuung in Krippe und Kita, qualitativ hochwertige Schul- und Berufsausbildung in Erinnerung, sondern auch die politischen, im Zuge der Entspannungspolitik auf Vernunft und Zusammenarbeit ausgerichteten Ideen – und erzeugen Sehnsüchte. Das geschieht wohlgerne natürlich nicht auf staatlicher Ebene, wo nach wie vor ein erstarrter transatlantischer Dogmatismus der deutschen Elite unter Führung des großen Bruders in Washington vorherrscht, sondern, basierend auf Erfahrung und Betroffenheit, in der Bevölkerung.

Selbstverständlich setzen angesichts der verfahrenen Lage die herrschenden Ideologen weiter auf Sozialismus-Bashing. Allerdings lässt sich schon länger nicht mehr die seit 1986 im Zuge der geistig-moralischen Wende Helmut Kohls als »Totalitarismustheorie« verbreitete Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus uneingeschränkt durchhalten.

»Dass in den 1990er Jahren der Versuch unternommen wurde, die untergegangene DDR als ›zweite deutsche Diktatur‹ einzusortieren – nach der NS-Zeit –, brennt bis heute als Ungeheuerlichkeit in den Köpfen einstiger DDR-Bürger.« So die *Berliner Zeitung*, die zugleich der Meinung ist, dass in

der »jüngeren Vergangenheit« jene »monströse Einordnung der Nähe von Hitlerdeutschland zum Gerede über den ›Unrechtsstaat‹ oder einfach über die ›SED-Diktatur‹« geschrumpft sei.

Da mag etwas dran sein. Doch bleibt vor allem die medial zugespitzte, als »Aufarbeitung« oder »Enthüllung« getarnte Tendenz einer permanenten Diskreditierung der DDR und in der Folge der »Lebensleistung« des einzelnen Ostdeutschen bis heute erhalten. Und ob die Gleichsetzung mit der braunen Vorvergangenheit tatsächlich beseitigt ist, darf vor allem deswegen durchaus bezweifelt werden, weil sie auf dem nach wie vor, und nunmehr in ganz Deutschland, herrschenden Kapitalismus basiert.

## **Wann ist die Zeit reif?**

Trotzdem ist zunächst einmal der Autorin Tkalec zuzustimmen, dass der Vergleich mit dem Naziregime angesichts der »offenkundigsten Unterschiede« untragbar ist: »Weder hat die DDR einen Nachbarn überfallen und ausgeraubt, noch hatte sie den Plan, eine ganze Menschengruppe auszurotten«. Allerdings kommt Tkalec angesichts ihrer eindeutigen Diagnosen zu einem doch etwas befremdlich wirkender Befund, wenn sie schreibt, dass die Zeit »für eine faire, differenzierte Bewertung der DDR« angesichts von »Willkür, Unrecht und obsessive(r) Spitzelei« im Osten »immer noch nicht reif« sei.

Wann ist die Zeit reif, wenn das nun seit über drei Jahrzehnten dominierende, auch zu Hunderttausenden Berufsverboten und sonstigen Säuberungen missbrauchte Thema »Stasi« weiter als Argument gegen alles Vernünftige ins Feld geführt wird? Genau dieses Thema ist der heilige Gral sowohl der »Unrechtsstaat«-These als auch antisozialistischer Positionen heutzutage. Der Stasihammer wird spätestens seit Erstürmung der Zentrale des Geheimdienstes in der Berliner Normannenstraße gezielt geschwungen und benutzt.

Jüngst informierte ein Filmbericht im *MDR* über die Herausgabe der *Ost-Taz* einige Hintergründe abseits des Idealismus der Gründerredaktion. Nicht nur Details über die Finanzierung der Ostausgabe der sich damals als »alternativ« verstehenden Zeitung lassen aufhorchen, sondern auch, dass im Frühjahr 1990 im Tresor der *tageszeitung* Enthüllungen über die Stasi – aus welchen Geheimdienstquellen auch immer der Chefredaktion zugespielt – gehortet wurden und der rechte Zeitpunkt zu deren Veröffentlichung abgewartet werden sollte. Für den entschied man sich dann gegen den Willen der Ost-Redaktionsmitglieder (»Alles anders machen. Das kurze Leben der *Ost-Taz*«, *ARD* Mediathek).

Offensichtlich war der in der Westberliner Stammredaktion der *Taz* durchaus gewünschte Ostableger mittlerweile mehr oder weniger abgeschrieben. Die ehemaligen Intentionen eines Teils der staatskritischen Geister in der DDR, den Sozialismus des Landes zu verbessern und an seine antifaschistisch-demokratischen Wurzeln zurückzuführen, lagen längst ad acta. Realistisch betrachtet standen die Signale längst auf grün für die Übergabe der DDR an die kapitalistische BRD – mit allen Konsequenzen wie der Enteignung der Enteigner und der Überführung des Volkseigentums in Privatbesitz.

Bereits fünf Tage nach der Großdemonstration für eine Reformierung der DDR auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 waren »alle Messen gesungen«, wie es einer der Mitinitiatoren, der Schriftsteller Christoph Hein, formuliert hat. Mit der Grenzöffnung am 9. November sei die Aufbruchstimmung beendet gewesen. Gewollt sei das seitens der Kritiker des

DDR-Sozialismus allerdings nicht gewesen, bestätigen viele, wenn nicht die meisten der Protestierenden heute.

Die Vokabel »Unrechtsstaat« kursierte damals noch nicht, was sich indes schnell änderte: Der Begriff wurde in die neue gesamtdeutsche Geschichtsschreibung implantiert. Es galt nunmehr die positiven, authentischen Aspekte des Lebens im Osten zu verwischen, zu vernichten, wenigstens jedoch zu relativieren und eine Kolonisierung des ostdeutschen Staats durch häufig aus dem zweiten Glied stammende westliche Eliten zu begründen helfen.

### **»Wir werden immer freier!«**

Conny und Gerhard Gundermann wussten um die Dimension dessen, was folgen würde, als 1990 in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober »Auferstanden aus Ruinen« um Mitternacht ein letztes Mal im Radio gespielt wurde. Auf dem Rückweg von einem Auftritt des Baggerfahrers und Liedermachers in Freiberg hielten sie das Auto an, fassten sich, so Conny Gundermann, »an die Hände, und haben geheult, wirklich dermaßen geheult, weil wir geahnt haben, dass das, was jetzt auf uns zukommt, nichts mehr mit uns zu tun hat«.

Nichts mehr mit uns, nichts mehr mit dem, was vielen vorgeschwebt hatte in der DDR, ihrer Heimat. Schon wenig später hatten sie sich an den taufrischen Gedanken zu gewöhnen, aus einem »Unrechtsstaat« zu stammen – frei nach Hans-Eckardt Wenzel zitiert aus dessen Song »Klassentreffen«: »Und alle sah'n es ein bei dieser Feier: Wir werden immer schöner, immer freier! Und so wie Dick und Doof zusammenpassen, so passen wir zu unsren Brüdern und Schwestern! Und darum Freunde, hoch die Tassen! Vergessen wir das Gestern! Vielleicht wird uns dereinst verzieh'n! Denn wir stammen ja aus dem Unrechtsregime!«

Die von Wenzel karikierte Demagogie der nun Herrschenden aus dem Westen trägt in sich deren Vorwurf an alle Ostdeutschen, Teil von Unrecht gewesen zu sein und es – mehr oder weniger – mitgetragen oder sich damit arrangiert zu haben. Immer noch, so Bartz, werde den ehemaligen DDR-Bürgern »pauschal ein diffuses Schuld- und Minderwertigkeitsgefühl« suggeriert und »ihre Lebensleistungen« würden »entweder völlig infrage gestellt oder zumindest als minderwertig« diffamiert »oder sogar der Lächerlichkeit preisgegeben«.

Dass sie jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit zuallererst daran mitgewirkt haben, die Trümmer der vom deutschen Faschismus verursachten Katastrophe zu beseitigen und dem Ansinnen folgten, die Grundlagen für ein besseres Deutschland zu schaffen, wird ebenso ignoriert wie der lange Zeit erfolgreiche Versuch, einen intakten, aufstrebenden Sozialstaat zu errichten.

Die Tatsache dagegen, dass die in der BRD Sozialisierten in ihrer überwiegenden Mehrheit die faschistische Vergangenheit verdrängt, an der Restauration der kapitalistischen Verhältnisse begeistert mitgewirkt haben und dem Antikommunismus als Ideologie gefolgt sind, ist kein Thema. Bis heute erscheint – und wird auch so dargestellt – die faschistische Diktatur als Phänomen, das nichts mit dem Kapitalismus zu tun hat.

Eine differenzierte Betrachtung der DDR als eines Staates, der exakt das Gegenteil zum Ausgangspunkt seiner Existenz gemacht hatte, böte Chancen, über gesellschaftliche Alternativen nachzudenken. Das wissen auch diejenigen, die gerade das auf keinen Fall wollen.